



Liebe Leserinnen und Leser



Die beiden Hauptanliegen der SVP sind Freiheit und Sicherheit. Sicherheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Sicherheit ist aber keine Selbstverständlichkeit. Leider wird sie nur thematisiert, wenn sie fehlt und nicht, wenn sie vorhanden ist. Heute tobt keine 2000 Kilometer von uns entfernt eine kriegsrische Auseinandersetzung. Vergessen wir zudem nicht: Terroranschläge sind jederzeit und überall möglich. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass Kriege und Konflikte keine Ausnahme mehr sind. Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung bringt einmal im Jahr eine Übersicht über die Kriege und bewaffneten Konflikte raus, die im vorangegangenen Jahr stattgefunden haben. Laut dieser Forschungseinrichtung fanden 2021 weltweit 25 Kriege und 4 sogenannte bewaffnete Konflikte statt.

Der Ukraine-Konflikt führt uns drastisch vor Augen, wie existenziell eine in jeder Hinsicht

gut ausgerüstete Armee ist. Eine starke Milizarmee garantiert unsere Sicherheit auch in Krisenzeiten und ist die massgeschneiderte Lösung für die Bedürfnisse der Schweiz. Wir sind verpflichtet, auch in Zukunft die nötigen Mittel für unsere Armee und die Landesverteidigung bereitzustellen – damit die Menschen in der Schweiz in Sicherheit und Freiheit leben können. Das heisst aber auch, dass Sicherheit und Freiheit in der Schweizer Politik wieder oberste Priorität haben müssen. Im Krieg geht die Wahrheit verloren. Der Frieden muss im Fokus stehen. Immer fortwährende Provokationen und Forderungen beider Seiten lösen das Problem nicht. Humanitäre Hilfe ist in dieser Notlage zwingend notwendig. Die Schweiz aktivierte zum ersten Mal überhaupt den Schutz-Status S. Diesen Status erhalten die ukrainischen Flüchtlinge, sobald sie in der Schweiz ankommen. Dies bedeutet aber auch, dass nach dem Krieg wieder eine Rückkehr gewährleistet ist.

Ich bin über den Krieg zwischen Russland und der Ukraine bestürzt und fühle mit den Kriegsoffern, vor allem mit der Zivilbevölkerung. Ich hoffe auf eine schnelle und friedliche Beendigung des Konfliktes.

Ich habe mich sehr gefreut über unseren erfolgreichen Kadertag. An dieser Stelle ein Dankeschön an unsere grossartigen Referenten Dani Burri, Franz Grüter, Röbi Thalmann, Paul Winiker und Marco Frauenknecht.

Angela Lüthold-Sidler
Präsidentin SVP Kanton Luzern

Wichtiges im März/April >>

- 21 | Kantonsratssession
- 22 | Kantonsratssession
- 22 | Sessionsrückblick mit Franz Grüter in Nottwil
- 31 | Wahlanlass Wahlkreis Luzern Stadt und Luzern Land in Kriens

- 08 | Redaktionsschluss SVP news
- 09 | Eidgenössische Delegiertenversammlung in Chur
- 14 | Kantonale Delegiertenversammlung in Wolhusen
- 22 | Wahlanlass Wahlkreis Entlebuch in Entlebuch
- 28 | Wahlanlass Wahlkreis Sursee in Wikon

KLIMASCHUTZ UND VERSORGUNGSSICHERHEIT

Öffentlicher Anlass mit Referaten von CEO CKW,
Martin Schwab und Nationalrat Christian Imark.

Der Eintritt ist frei.

Donnerstag, 2. Juni 2022

19.30 – 21.30 Uhr

CKW Rathausen, 6032 Emmen

Veranstaltungspartner:
CKW



Weitere Infos und Anmeldung bis Samstag, 28.5.2022, unter:
www.svp-lu.ch/termine/klimaschutz/



Helfen und schützen

Die Schweiz muss den Kriegsvertriebenen aus der Ukraine helfen – rasch und in den Nachbarländern der Ukraine. Der Ukraine-Konflikt führt zudem drastisch vor Augen, wie existenziell eine gut ausgerüstete Armee und eine sichere, unabhängige Energieversorgung sind. Für die SVP hat die Sicherheit der Menschen in der Schweiz oberste Priorität.

Die Menschen in der Ukraine leiden unter dem Krieg. Gemäss UN-Angaben sind über eine Million Menschen aus ihrer Heimat geflüchtet. Dabei handelt es sich in erster Linie um Frauen und Kinder. Der ukrainische Präsident hat für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren eine Ausreisesperre angeordnet, um ihr Land zu verteidigen. Die vom Krieg vertriebenen Frauen und Kinder suchen daher nur vorübergehend Schutz und tun dies vor allem in den Nachbarländern Polen, Ungarn, Slowakei, Moldau und Rumänien. Gemäss UNHCR haben Polen und Ungarn die meisten der Kriegsvertriebenen aufgenommen. Deshalb fordert die SVP den Bundesrat auf, in den Aufnahmeländern Hilfe vor Ort zu leisten, statt die Kriegsvertriebenen mit Resettlement-Programmen in die Schweiz zu bringen. Dies ist auch im Interesse dieser Frauen und Kinder, die ihre Familienangehörigen in der Heimat zurücklassen mussten. Die Schweiz soll ihre humanitären Dienste zur Hilfe vor Ort oder für die temporäre Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine grosszügig wahrnehmen. Weiter sind Wirtschaftsmigranten, die die Gunst der Stunde nutzen, um via Ukraine in den Sozialstaat ihrer Wahl einzuwandern, an der Grenze zurückzuweisen.

Sicherheit, Stabilität und Frieden

Der Ukraine-Konflikt führt uns drastisch vor Augen, wie existenziell eine in jeder

Hinsicht gut ausgerüstete Armee und eine sichere, unabhängige Energieversorgung sind. Für die SVP hat die Sicherheit der Menschen in der Schweiz oberste Priorität. Die Schweiz muss als souveräner Staat in der Lage sein, Sicherheit, Stabilität und Frieden auf ihrem Territorium selbst zu gewährleisten. Insbesondere vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ukraine ist unsere Armee rasch besser und im Hinblick auf ihre Durchhaltefähigkeit umfassender auszurüsten. Konkret fordert die SVP, dass der Bundesrat dafür in einer ersten Phase jährlich Mittel im Umfang von mindestens 7 Milliarden Franken – 2 Milliarden Franken mehr als heute – bereitstellt und den Armeebestand plus 20'000 Angehörige erhöht.

Eigenständige Energieversorgung

Zu einer umfassenden Sicherheitspolitik gehört auch eine eigenständige Energieversorgung. Die Schweiz darf nicht abhängig werden von Strom- oder Gasimporten. Der Bundesrat ist gefordert, einen Stromverantwortlichen zu ernennen, der bis zum Sommer Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung ausarbeitet. Die CO₂-Reduktionsziele sind zugunsten einer sicheren inländischen Energieversorgung aufzuschieben. Aufgrund der gescheiterten Energiestrategie 2050 und angesichts des Krieges in der Ukraine ist die sichere und unabhängige Energieversorgung der Schweiz massiv gefährdet. Bereits in zwei, drei Jahren droht vor allem in den Wintermonaten eine Strommangellage. In einer dringlichen Interpellation fordert die SVP Antworten zu dringenden Fragen. Etwa auf jene, ob der Bundesrat bereit ist, die staatlich erhobenen Abgaben auf fossile Energieträger vorübergehend zu sistieren.

Nachgefragt bei



Mauro Tuena
Nationalrat (ZH)

Weshalb braucht die Schweiz eine starke Armee?

Zu den Bedrohungen, mit denen die Schweiz bereits heute konfrontiert ist oder innert Stunden konfrontiert werden kann, gehören verdeckte Informationsbeschaffung, Beeinflussungsaktivitäten, Cyberangriffe sowie latente Bedrohungen ausgehend von gewaltextremistischen Anschlägen. Im Krisen- oder Konfliktfall muss die Schweiz in der Lage sein, sich selbst zu schützen und zu verteidigen. Im Ernstfall ist kein Verlass auf etwelche Partner und Verbündete, die zur Unterstützung oder Kooperation fähig oder willens wären (wie die aktuell schwierige Lage im Ukraine-Konflikt zeigt). Dazu braucht die Schweiz eine Miliz-Armee, die ihre Aufträge gemäss Artikel 58 Absatz 2 der Bundesverfassung erfüllen kann. Abgeleitet von diesen Aufträgen sowie unter Berücksichtigung der möglichen Bedrohungen im gesamten Eskalationsspektrum bis hin zum bewaffneten Konflikt, ist die entsprechend notwendige personelle Alimentierung wie auch die materielle Ausrüstung politisch sicherzustellen.

Unabhängigkeit nicht verhandelbar

Der Bundesrat strebt beim neuen Verhandlungspaket mit der EU anstatt eines grossen, viele kleine Abkommen an. Die SVP lehnt jede institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU entschieden ab. Es wird kein Abkommen geben, bei dem sich die Schweiz EU-Recht und EU-Richtern unterwirft.

Die Schweiz will der EU nicht beitreten. Auch lehnte die Schweizer Stimmbevölkerung den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1992 ab. Stattdessen setzte der Bundesrat auf bilaterale Verträge, die den Zugang zum EU-Binnenmarkt sichern. Die EU will diesen bilateralen Weg aber nur fortsetzen, wenn die institutionellen Fragen in einem Rahmenvertrag geklärt werden. Nach siebenjährigen Verhandlungen hat der Bundesrat der EU jedoch mitgeteilt, auch auf Druck der SVP, die Verhandlungen abubrechen. Die EU fordert nach dem Scheitern des Rahmenabkommens konkrete Vorschläge von der Schweiz. Der Bundesrat legte im Februar 2022 seine neue Marschrichtung vor und will den bilateralen Weg weiterführen. Neu soll gemäss Bundesrat die institutionelle Anbindung an das EU-Recht und an die EU-Strukturen zerstückelt in den einzelnen Themengebieten und einzelnen Verträgen geregelt werden.

Keine zwingenden Zahlungen

Der Weg, den der Bundesrat bei den neuen Verhandlungen mit der EU gehen will, ist aus Sicht der SVP eine Trickserie. Statt eines grossen Rahmenabkommens, strebt der Bundesrat nun viele kleine institutionelle Abkommen an. Die Schweiz ist nicht Mitglied des EU-Binnenmarktes und muss daher frei bleiben, sein Recht und die Politik insbesondere im Bereich Wirtschaft und Soziales zu gestalten. Nun bietet der Bundesrat der EU voreilig und unterwürfig an, die umstrittenen, aber bisher autonomen Kohäsionsbeiträge in regelmässige Ablass-Zahlungen umzuwandeln. Für die SVP ist dies inakzeptabel: kein Land der Welt bezahlt eine Marktzutritts-Prämie, zudem würden solche zwingenden Zahlungen an die EU bald Schule machen und andere Länder dazu animieren, von der Schweiz ebenfalls Marktzutritts-Prämien für den Export von Schweizer Produkten zu fordern.

Kein Verlass

Für die SVP ist aber klar: die Unabhängigkeit der Schweiz ist nicht verhandelbar; die SVP bekämpft entschieden jedes Abkommen, das eine automatische, zwingende (dynamische) Rechtsübernahme und eine Streitbeilegung durch den Europäischen Gerichtshof beinhaltet; eine Verstetigung des Schweizer Kohäsionsbeitrags, lehnt die SVP ebenso entschieden ab. Zudem ist es blauäugig zu glauben, dass sich das Problem der drohenden Strommangellage mit einem Stromabkommen mit der EU lösen lässt. Wie der aktuelle Konflikt zwischen Russland und der Ukraine deutlich vor Augen führt, muss die Schweiz selbst eine unabhängige und kostengünstige Energieversorgung sicherstellen. Auf die EU, deren Länder selbst nicht genug Strom haben, ist auch hier kein Verlass. Die Schweiz sollte wieder zurück zu ihrem erfolgreichen Konzept für die Beziehungen mit der EU: Freihandel JA, politische/institutionelle Integration NEIN.





SVP Kanton Luzern steht für Sicherheit

Die diesjährige Kadertagung widmete sich dem Thema Sicherheit. Lehrreiche Referate erwarteten die Besucherinnen und Besucher in Schenkon. Auch der kommende Wahlkampf wurde thematisiert.

Am Samstag, 12. März 2022 fand im Begegnungszentrum Schenkon (Schulhausstrasse 4), im Grosser Saal die diesjährige SVP Kadertagung statt. Dieses Jahr war das Schwerpunktthema der Veranstaltung «SVP Kanton Luzern steht für Sicherheit».

Spannende Referate

Die rund 80 Teilnehmenden konnten sich auf spannende und lehrreiche Referate von Regierungsrat Paul Winiker zur Weiterentwicklung der Luzerner Polizei und Nationalrat, Franz Grüter, zur aktuellen sicherheitspolitischen Lage freuen. Auch das Thema Strafgerichtsbarkeit wurde analysiert. Oberstaatsanwalt Daniel Burri referierte über die Herausforderungen in der Strafverfolgung und Robert Thalmann, Ersatzrichter am Kantonsgericht, erörterte die Strafgerichtsbarkeit im Kanton Luzern. Sämtliche Vorträge erhielten von den Teilnehmenden der Kadertagung sehr positive Rückmeldungen.

Wahlkampfthemen

Im Anschluss an die Veranstaltung wurde eine Umfrage durchgeführt. Nebst der Kadertagung wurden auch die kommenden Wahlen thematisiert. Bei den Teilnehmenden zeigt sich, dass die Themen Sicherheit, Energie, Heimat und Umwelt eine wichtige Rolle spielen. Aber auch die Bereiche Finanzpolitik und Mobilität werden als relevant erachtet. Neutralität, Föderalismus und Selbstbestimmung sind Anliegen, die bei der Umfrage immer wieder genannt wurden. «Ich freue mich sehr über diese wertvollen Rückmeldungen. Wir werden diese Anliegen in unserer Wahlkampfstrategie aufgreifen», betont Wahlkampfleiter, Marco Frauenknecht. Auch bei anderen Veranstaltungen werden Umfragen für die kommenden Wahlen durchgeführt. «Es ist uns ein grosses Anliegen die Basis mitzunehmen und ihre Themen in den Fokus zu stellen», unterstreicht Frauenknecht.



IMPRESSUM: Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden. Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke

Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch

PETITION



Die Treibstoffpreise gehen durch die Decke. Für viele Schweizer Familien und Gewerbler bedeutet dies eine massive Mehrbelastung. Viele Menschen können sich Mobilität bald nicht mehr leisten! Das müsste nicht sein. Die Treibstoffsteuern müssen jetzt ausgesetzt werden.

Die Treibstoffpreise gehen momentan durch die Decke. Ein Liter Benzin kostet bereits CHF 2.30, der Diesel ist schon beinahe bei CHF 2.50. Das ist ein Franken pro Liter mehr als noch vor einem Jahr. Für viele Schweizer Familien und Gewerbler bedeutet dies eine massive Mehrbelastung. Viele Menschen können sich Mobilität bald nicht mehr leisten!

Das müsste nicht sein. Die aktuelle Preissteigerung entspricht etwa den Steuern, die der Staat auf Treibstoffe erhebt. Beim Diesel sind dies momentan 92.25 Rappen. Es kann nicht sein, dass der Staat von den explodierenden Preisen profitiert, während die hart arbeitenden Menschen im Land bald nicht mehr wissen, wie sie das alles bezahlen sollen.

Eine Petition des Teams Freiheit fordert eine 6-monatige Aussetzung der Treibstoffsteuern. Die Steuern sind erst dann wieder schrittweise zu erhöhen, wenn sich die Lage entspannt. Auf die Einführung neuer Steuern und Abgaben aus ideologischen Gründen ist zu verzichten.

Ein erster Erfolg konnte bereits erzielt werden: Die SVP hat sich im Nationalrat erfolgreich für tiefere Benzin-Preise eingesetzt: Der Rat stimmte einem Vorstoss von Nationalrat Franz Grüter zu, der fordert, dass auf Treibstoffsteuern, -abgaben und -zuschlägen keine Mehrwertsteuer zu erheben ist. Damit würde der Liter Benzin oder Diesel an der Tankstelle 7 Rappen weniger kosten.

Unterscheiden Sie jetzt!

